

## **Für eine humane Aufnahme- und Integrationspolitik in Köln**

### **Wir schaffen das (immer noch)!**

Seit 20 Jahren setzt sich der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen für eine menschengerechte kommunale Integrationspolitik – gerade auch in schwierigen Zeiten ein. Unser Ziel ist bis heute ein gemeinsamer Konsens einer humanen Aufnahme- und Integrationspolitik in Verwaltung, Politik und der Kölner Bürger\*innenschaft. Dies hat sich bewährt, so etwa 2015/2016, als über 15.000 Geflüchtete mit großer Empathie in Köln willkommen geheißen, sowie zuletzt 2022, als mehr als 13.000 Geflüchtete u.a. aus der Ukraine in Köln aufgenommen wurden.

Aktuell diskutieren Rechtsextremisten einen „Masterplan zur Re-Emigration“ von Millionen von Menschen aus Deutschland. Diese Pläne beschränken sich nicht auf Migrant\*innen und Geflüchtete, sondern beziehen sich auch auf Menschen, die Geflüchteten helfen.

Es ist richtig und gut, dass sich dagegen breiter Protest zu Wort meldet. Aber es darf nicht bei diesen Demonstrationen bleiben. Unsere Diskussionen und unsere Politik müssen sich ändern. Die Rechte aller Menschen müssen wieder geachtet und geschützt werden. Dazu rufen wir auf!

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Stadt Köln seit vielen Jahrzehnten von ihrem migrationszugewandten Klima profitiert. Daher laden wir alle an einem Konsens interessierten Akteur\*innen der Stadtgesellschaft ein, Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung entgegenzuwirken, die vielfältigen positiven Erfahrungen mit Migration laut zu benennen und wieder die wahren Ursachen der Mängel in der kommunalen Infrastruktur zu diskutieren.

**Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen stellt fest: Ängste und Vorbehalte dürfen nicht dazu führen, internationales und humanitäres Recht außer Kraft zu setzen. Trotzdem müssen alle, die für ein humanes Asylrecht streiten, Ängste mit sachlichen Argumenten entkräften, Feindbilder abbauen und soziale Lösungen für gesellschaftliche Probleme aufzeigen, für die Geflüchtete zu Unrecht verantwortlich gemacht werden.**

**Unsere Forderungen an eine sachliche gesellschaftliche und politische Debatte:**

#### **1. Die Fluchtursachen wieder stärker im Bewusstsein der Öffentlichkeit sichtbar machen**

Hinter Flucht und Vertreibung stehen massive geopolitische Konflikte weltweit. Die Fluchtbewegungen sind auch Folgen von bestehenden postkolonialen Strukturen und des Klimawandels, vor allem im globalen Süden.

#### **2. Eine gerechte Verteilung der Geflüchteten einfordern**

Die Europäische Union muss Lösungen für eine neue und gerechte Verteilung nach wirtschaftlichen und sozialen Kriterien unter Berücksichtigung der Interessen der Schutzsuchenden aushandeln.

**3. Das Recht auf Asyl erklären**

Das Recht auf Asyl muss erklärt und alle Ermessensmöglichkeiten der Kommune im Asyl- und Aufenthaltsrecht zu Gunsten der Geflüchteten genutzt werden. Es besteht der Eindruck, der aktuelle gesetzliche Rahmen wäre eine offene Einladung zu ungesteuerter Migration. Die Realität sieht anders aus: Das Asylrecht ist kein "Recht einzuwandern", sondern sichert den im Grundgesetz verankerten Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren, um den individuellen Schutzanspruch zu prüfen.

**4. An die positiven Erfahrungen mit Einwanderung nach Deutschland anknüpfen**

Migration und Flucht gehören zur Geschichte der Menschheit. Heute ist Deutschland ein Einwanderungsland und fast ein Drittel seiner Bewohner\*innen hat eine Migrationsgeschichte. Gerade in Köln wissen viele Menschen aus eigener Erfahrung, dass für die Wirtschaft Menschen mit Einwanderungsgeschichte unverzichtbar sind.

**5. Integration und Zusammenleben in der sozialen Stadt verwirklichen**

2015 wie 2022 reagierten die Menschen in Deutschland auf die Geflüchteten aus Syrien und der Ukraine mit einer Welle der Hilfsbereitschaft. Eine schnelle Eröffnung von Teilhabechancen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist der Schlüssel zu einer integrativen Stadtgesellschaft.

**6. Kommunen entlasten**

Bund und Länder stellen keine ausreichende Finanzierung kommunaler Leistungen sicher. Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass Integration Geflüchteter und der Ausbau der kommunalen Infrastruktur ermöglicht wird.

**7. Sozialen Wohnungsbau fördern**

In Köln fehlen rund 80.000 Wohnungen. Dies erschwert den Umzug asylanerkannter Geflüchteter aus Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen. Großunterkünfte stoßen in ihrer Nachbarschaft häufig auf Ablehnung. Es braucht daher eine konsequente Förderung des sozialen Wohnungsbaus für alle Kölner\*innen.

**8. Für gute Bildung, Ausbildung und Arbeit sorgen**

45 Prozent aller Geflüchteten sind Frauen und Kinder. Alle Kinder haben ein Recht auf einen Platz in Kitas und Schulen. Bildung, Ausbildung und Arbeit sind die besten Wege, um ein eigenständiges Leben zu führen und die Kommunen finanziell zu entlasten. Die Bundesregierung muss Arbeitsverbote für Geflüchtete aufheben und die Vermittlung durch die Jobcenter und Arbeitsagenturen vereinfachen und beschleunigen.

Die Willkommenskultur 2015/2016 hat gezeigt, wie Vorbehalte überwunden und ein Zusammenleben ermöglicht werden kann. Für eine Stadt der Vielfalt!

**Gemeinsam sind wir Köln – das bleibt unsere Aufgabe.**

**Peter Krücker, Katholikenausschuss Köln**

**Miriam Haseleu, Evangelischer Kirchenverband Köln und Region**

**Dr. Wolfgang Uellenberg van Dawen, Runder Tisch für Integration**

**Claus-Ulrich Pröiß, Kölner Flüchtlingsrat e. V.**

**Marianne Arndt, AK Politik**

**Klaus Adrian, AK Politik**

**Dilan Yazıçioğlu, GRÜNE**

**Dr. John Akude, CDU**

**Martin Erkelenz, CDU**

**Claudia Brock-Storms, SPD**

**Conny Schmerbach, SPD**

**Chantal Schalla, FDP**

**Katja Hoyer, FDP**

**Jörg Detjen, DIE LINKE**

**Isabella Venturini, Volt**

**Carine Weber, Integrationsrat der Stadt Köln**

**Luziano Gonzales Tejon, Integrationsrat der Stadt Köln**

**Natalia Kühn, Synagogen-Gemeinde Köln**

**Nicola Markgraf, Rom e.V.**

**Marita Bosbach, DRK Köln**

**Hanna Machulla, DRK Köln**

**Annette de Fallois, Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region**

**Susanne Pack, Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region**

**Mercedes Pascual Iglesias, Arbeiterwohlfahrt Mittelrhein**

**Alice Rennert, Caritasverband Köln**

**Tim Westerholt, Caritasverband Köln**

**Bernd Naumann, DPWV Köln**